

## **Wachsender Unmut im Mittelstand über die schleppende Auszahlung der staatlichen Corona-Hilfen**

*Von Peter Helmes*

Derzeit werden immer neue Vorgaben oft eher bloß verkündet, möglichst streng – so sehr, dass die üblichen Verrückten bereits raunen, der Politik gefalle das Corona-Diktat. Wie wäre also ein kleiner Stilwechsel: Alle Härte gegen das Virus – jedoch gepaart mit etwas mehr Empathie, wie schwer uns das allen fällt.

Politik wird unglaublich, wenn Versprechen und Realität auseinanderklaffen. Die Minister Scholz und Altmaier versprochen, schnell, großzügig und unbürokratisch zu helfen. Daran müssen sie sich nun messen lassen, besonders Olaf Scholz, der für die SPD im diesen Jahr ins Kanzleramt einziehen will. Bis Mitte Januar hat nur ein Bruchteil der Unternehmen Anträge stellen können und Abschlüsse bekommen.

**Der offenbar überforderten deutschen Bürokratie scheint es nicht zu gelingen, eine schnelle und unbürokratische Hilfe zu gewährleisten. Es nützt aber nichts, wenn der Bund einen riesigen Schuldenberg auftürmt, in der Praxis aber fast nichts davon bei den Unternehmen ankommt. In einer solchen Situation darüber nachzudenken, wie die Wirtschaft weiter eingeschränkt werden könnte, ist deshalb nicht zielführend und auch nicht finanzierbar.“**

**Das sorgt besonders in der Union für Nervosität.**

Mittelständler sind eine wichtige Wählergruppe von CDU und CSU, Steuerberater ebenso. Aus dem Einzelhandel werden schon die ersten Forderungen laut, die geschlossenen Geschäfte in den Städten wieder zu öffnen. Friedrich Merz wirbt wenige Tage vor der Wahl des neuen CDU-Vorsitzenden ebenfalls für Lockerungen. Auch er ahnt: Die Stimmung in der Wirtschaft könnte bald kippen.

Viele Tausend warten sehnsüchtig auf die Mittel, die sie möglicherweise in Lockdown-Zeiten vor dem Ruin bewahren können. Das ist nicht nur ärgerlich, das ist ein Skandal. Denn hier spielt man mit einer großen Anzahl von Existenzen, weil die Antragstellung viel zu kompliziert ist, es vielerorts an Ansprechpartnern fehlt und weil die Prüfdauer sich schier endlos in die Länge zieht. Nicht die Rede also von ‚schnell und unbürokratisch‘, wie man es in Politikerreden zu solchen Themen so gerne vernimmt.

Politik wird unglaublich, wenn Versprechen und Realität auseinanderklaffen. Bis Mitte Januar hat nur ein Bruchteil der Unternehmen Anträge stellen können und Abschlüsse bekommen. Es ist aber nicht die Langsamkeit an sich, die zum Problem geworden ist, sondern die Tatsache, daß die Minister Scholz und Altmaier ein Versprechen gegeben haben, von dem sie hätten wissen müssen, daß es nicht einzuhalten ist. Kein Wunder, daß sie nun aussehen wie überforderte Politiker, die Beruhigungsmittel verteilt haben.

Bevor der Staat darüber nachdenkt, per Gesetz die Wirtschaft stärker in die Coronaschutzpflicht zu nehmen, sollte er lieber seine eigene Organisation auf Vordermann bringen. Bund, Länder und Gemeinden beschäftigen Hunderttausende von Menschen. Dieses Potenzial fürs Homeoffice zu nutzen, lohnt sich. Durch entsprechende digitale Ausrüstung – und die eine oder andere Dienstanweisung von oben. Die öffentliche Verwaltung könnte einen solchen Flexibilisierungsschub auch über die Coronakrise hinaus gut gebrauchen.“

(Siehe auch: <https://philosophia-perennis.com/2021/01/13/wir-haben-nichts-mehr-zu-verlieren/>)

14.01.2021